

## Antrag

der Abgeordneten **Eberhard Rotter, Sylvia Stierstorfer, Markus Blume, Johannes Hintersberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Christa Matschl, Martin Neumeyer, Reinhard Pachner, Dr. Thomas Zimmermann CSU,**

**Tobias Thalhammer, Jörg Rohde, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP)**

**Ja zum Wohnungsbau und zur Energieeffizienz in Gebäuden – Energetische Sanierung durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten fördern und Wohnungsbau vorantreiben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene weiter dafür einzusetzen, dass erforderliche energetische Sanierungsmaßnahmen an nicht-öffentlichen Gebäuden beispielsweise auch durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten wirtschaftlich besser darstellbar werden,
- im Bund darauf hinzuwirken, dass Verschärfungen der energetischen Standards in der Energieeinsparverordnung (EnEV) für Neubauten nur dann erfolgen, wenn diese auch wirtschaftlich sind.

### **Begründung:**

Die Sanierungsrate im Gebäudebereich muss auf mindestens zwei Prozent verdoppelt werden, wenn die Ziele der Energieeinsparung und damit auch die Ziele des Klimaschutzes erreicht werden sollen. Anreize für freiwillige Maßnahmen sind dabei gesetzlichen Verpflichtungen vorzuziehen. Dies gilt gerade auch für jegliche Art von nicht öffentlichen Gebäuden (Privathäuser, Mietwohnungen). Eine steuerliche Abschreibungsmöglichkeit wäre hierbei ein sehr effizientes Mittel.

Die Wohnungsmärkte in Deutschland sind seit einiger Zeit erheblich angespannt. Dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum lässt sich nur durch einen verstärkten Wohnungsbau begegnen. Hierfür bedarf es Rahmenbedingungen, die private Kapitalgeber ermutigen, verstärkt in den Wohnungsbau zu investieren. Somit sind neben den energetischen Standards auch wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Die im gegenwärtigen Entwurf der EnEV-Änderungsverordnung vorgesehene 2. Stufe der Erhöhung der primärenergetischen Anforderungen bei Wohnungsneubauten wird als nicht nachweislich wirtschaftlich angesehen.